

ZAHNTECHNIK ZEITUNG

Verlag
Verlagsanschrift:
Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig
Tel.: 03 41/4 84 74-0
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
E-Mail: kontakt@oemus-media.de

Chefredaktion
Roman Dotzauer (rd)
Betriebswirt d. H.
(V.i.S.d.P.)
E-Mail: roman-dotzauer@dotzauer-dental.de

Katja Römhild (kr)
(Assistenz Chefredaktion)
E-Mail: katja.roemhild@dotzauer-dental.de

Redaktionsleitung
Cornelia Pasold (cp), M.A.
Tel.: 03 41/4 84 74-1 22
E-Mail: c.pasold@oemus-media.de

Redaktion
H. David Kossmann (hdk)
Tel.: 03 41/4 84 74-1 23
E-Mail: h.d.kossmann@oemus-media.de

Christina Wendt (cw)
Tel.: 03 41/4 84 74-1 43
E-Mail: ch.wendt@oemus-media.de

Matthias Ernst (me), ZT
Betriebswirt d. H.
Tel.: 09 31/5 50 34
E-Mail: ernst-dental@web.de

Projektleitung
Stefan Reichardt
(verantwortlich)
Tel.: 03 41/4 84 74-2 22
E-Mail: reichardt@oemus-media.de

Anzeigen
Lysann Pohlann
(Anzeigendisposition/
-verwaltung)
Tel.: 03 41/4 84 74-2 08
Fax: 03 41/4 84 74-1 90
ISDN: 03 41/4 84 74-31/-1 40
(Mac: Leonardo)
03 41/4 84 74-1 92 (PC: Fritz!Card)
E-Mail: pohlann@oemus-media.de

Herstellung
Sven Hantschmann
Tel.: 03 41/4 84 74-1 14
E-Mail: s.hantschmann@oemus-media.de

Die ZT Zahntechnik Zeitschrift erscheint regelmäßig als Monatszeitung. Bezugspreis: Einzelheft 3,50 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 35,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/4 84 74-0.
Die Beiträge in der „Zahntechnik Zeitung“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis auf volle und auszugsweise Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Mit Einsendung des Manuskriptes gehen das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken, zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung. Es gelten die AGB und die Autorennichtlinien. Gerichtsstand ist Leipzig.

Jahreshauptversammlung des FVZL

Freier Verband Zahn technischer Laboratorien e.V. weiter auf Erfolgskurs. ZTM Herbert Stolle als Bundesvorsitzender in Göttingen wiedergewählt.

(hdk/cw) – Die Jahreshauptversammlung 2006 des „Freien Verbandes Zahn technischer Laboratorien e.V.“ (FVZL) war geprägt von Harmonie und übereinstimmender Kollegialität. Die „freien Zahn techniker“ sehen gute Chancen, ihr langjähriges Ziel, den Ausstieg aus dem SGBV, zu erreichen. Die FVZL-Mitglieder wählten ZTM Herbert Stolle (Cuxhaven) wieder zum Bundesvorsitzenden und haben ihn damit für die nächsten drei Jahre in seinem Amt bestätigt. Ebenfalls einstimmig wurde ZTM Horst Stoltenberg aus Heide zum zweiten stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. In seiner Antrittsrede kennzeichnete Herbert Stolle die aktuelle Situation des deutschen Zahn techniker-Handwerks: „Ein ehemals erfolgreicher und weltweit geachteter Berufsstand wird systematisch platt gemacht. Eingezwängt zwischen inkompetenten Politikern, machtgeliebten Krankenkassen und korrupten Krisengewinnlern können sich die deutschen Zahn techniker herumschlagen mit staatlich verordneten Reglementierungen, mit Zwangs-

preisen, Verordnungen sowie mit einer Bürokratie, über die unsere asiatische Konkurrenz nur noch ihre Witze macht.“ Während der letzten Monate und im Zusammenhang mit der Neuorientierung des Gesundheitswesens hat der FVZL mit einer bundesweit

und Erklärungen der Situation des Zahn techniker-Handwerkes. Es ermöglichte Herbert Stolle auch eine Einladung in das Bundeskanzleramt wahrzunehmen. Gesprächspartner waren Dr. Ulrich Roppel, Leiter der Abteilung 3 (Sozial-, Gesundheits-, Arbeitsmarkt-,



Herbert Stolle (Mitte) mit seinen beiden Stellvertretern im Bundesvorstand, ZTM Horst Stoltenberg aus Heide (links) und Carl Wesely aus Dortmund.

Infrastruktur- und Gesellschaftspolitik) sowie seine Mitarbeiterin Sonja Optendrenk, Referentin für Gesundheitspolitik. Besondere Rückenstärkung erhielt Herbert Stolle vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, der in einem persönlichen Schreiben an den Kanzleramtsminister Dr. de Maizière ein Tref-

beachteten Aktion begonnen: Unter Einbeziehung zahlreicher Bundestagsabgeordneter, mit denen FVZL-Mitglieder Gespräche geführt haben, fordert der Verband die unternehmerische Freiheit zurück, die ihm vor vielen Jahren durch die Einbindung in die Reichsversicherungsordnung (RVO) genommen wurde. So kommt nun auch das bereits im Juli veröffentlichte Manifest des FVZL (ZT berichtete) zu seinem Einsatz – nämlich als Anregung zur Diskussion

fen zwischen dem FVZL-Bundesvorsitzenden und der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel anregte. Da im kommenden Jahr das 25-jährige Jubiläum des FVZL ansteht, wünscht sich Herbert Stolle „die Freiheit aus der Hand der Bundeskanzlerin“. Nach einer realistischen Einschätzung zur Umsetzung der FVZL-Forderungen gefragt, verweist Herbert Stolle auf „Logik, Fairness und Sinn für Gerechtigkeit der politisch Verantwortlichen“.

ZT Kurznotiert

Radiospot für Niedersachsen – Nach Bremen und Mecklenburg-Vorpommern wirbt nun auch die Zahn techniker-Innung Niedersachsen mit dem Bremer Radiospot für Qualitäts-Zahnersatz aus Deutschland. Auch Schleswig-Holstein zeigt sich offenbar interessiert. „Dreigliedrige Brücken statt für 800 Euro für zwei Euro achtzig.“ So oder so ähnlich klingt die vollmundige Werbung von Zahnersatz-Händlern, die Billigst-Zahnersatz aus China oder der Türkei importieren und dabei die unsozialen Arbeitsbedingungen der Menschen dort für ihren eigenen Gewinn ausnutzen. Bereits im Februar hat die Zahn techniker-Innung Bremen begonnen, auf das Thema „Auslandszahnersatz“ aufmerksam zu machen. Seither informiert sie im Radio auf Bremen 1 über die Vorteile von Qualitäts-Zahnersatz „made in Germany“. (Zahn techniker-Innung Bremen)

Verstoß gegen ärztliches Berufsrecht – Das Internetportal „2te-zahnarztmeinung.de“ stellt einen Verstoß gegen das ärztliche Berufsrecht dar. Das Landgericht München I gab einer Klage der beiden KZV-Vorsitzenden Bayerns, Dr. Janusz Rat und Dr. Martin Reißig, statt. „Die Versteigerung von zahnärztlichen Leistungen im Internet ist nicht mit der Berufsordnung der Zahnärzte vereinbar“, stellte das Gericht in der mündlichen Verhandlung fest und schloss sich damit der Auffassung der KZVB-Führung an. Durch das Internetportal würden Zahnärzte dazu angestiftet, sich berufsunswürdig zu verhalten, so das Gericht. Andere Zahnärzte würden aus der Behandlung hinausgedrängt. Die beiden Vorsitzenden sehen in dem Internetportal eine Aufforderung zum unlauteren Wettbewerb. (zm-online)

ANZEIGE

Die Nr. 1 für den Implantologen

CURRICULUM

Implantologie DGZI und Curriculum Implantatprothetik

Themenauswahl Implantologie

NAVIGATION MINIMALINVASIVE CHIRURGIE
PIEZOSURGERY RKI-EMPFEHLUNGEN

- 100 Prozent Anerkennung durch Konsensuskonferenz
- Nennung der Curriculum-Teilnehmer in Suchmaschinen und im DGZI-Patientenportal
- Ihr Weg zum Tätigkeitsschwerpunkt Implantologie, Spezialist Implantologie – DGZI und zum Master of Science Implantologie!

Weitere Informationen unter:
0800 – DGZITEL | 0800 – DGZIFAX
(kostenfrei aus dem deutschen Festnetz)

Besuchen Sie die DGZI auf der IDS Köln Halle 4.1, F 096

DGZI-Geschäftsstelle/Sekretariat · Feldstr. 80 · 40479 Düsseldorf
Tel. 02 11/1 69 70-77 · Fax 02 11/1 69 70-66
sekretariat@dgzi-info.de · www.dgzi.de

Weiterhin breite Ablehnung gegen Reform

Während die Politiker sich mit den erarbeiteten Eckpunkten der Gesundheitsreform zufriedengeben, bleibt die Kritik aus den Reihen der Leistungserbringer sowie der privaten und gesetzlichen Krankenversicherung bestehen.

(kr) – Am 21. November legten Bundesärztekammer, Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Deutsche Krankenhausgesellschaft, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) sowie Spitzenverbände der gesetzlichen (GKV) und privaten Krankenversicherungen (PKV) eine Mängelliste zur Gesundheitsreform vor. Darin werden verfassungsrechtliche Probleme und schwierig umzusetzende Regelungen aufgezeigt. Als Beispiel wurde das geänderte Haftungsrecht genannt, das kombiniert mit dem geplanten Zusatzbeitrag viele Krankenkassen ruinieren könne. Bereits jetzt erwarten die meisten GKV einen Anstieg ihrer Beitragssätze für das kommende Jahr. Zusätzlich müssten nach Kassenberechnungen mit dem geplanten Gesundheitsfonds acht Krankenversicherungen mit insgesamt 2,8 Mio. Mitgliedern ihre Geschäfte einstellen. Wie die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf den Ersatzkassenverband (VdAK) Niedersachsen berichtet, betraf dies die vier Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK). Nach Ansicht der Verbände müsse auch die Beitragsregelung von Nichtversicherten in die GKV und zum Basistarif der PKV geändert werden. Die angedachte Regelung lade zu Mitnahmeeffekten ein und sei miss-

brauchsanfällig. Weiterhin würde der PKV-Basistarif mit seinen vielfältigen Höchstbeiträgen verfassungswid-



rige Eingriffe in die Verträge heutiger Privatversicherter darstellen und Beitragserhöhungen zur Folge haben. Neben den Verbänden und Kassen hagelt es auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Kritik. Fazit seines Jahresgutachtens 2006/07: „In der Summe

die im Koalitionsvertrag genannt werden.“ Statt einer Senkung gebe es eine Steigerung der Lohnnebenkosten.

Gesetzlich geregelte einheitliche Beitragssätze, weitgehender Verlust der Finanzautonomie der Kassen und Gründung eines GKV-Spitzenverbands seien Schritte zu einer „Einheitskasse“. Im PKV-Bereich werden laut Gutachten nötige und mögliche Maßnahmen zur Wettbewerbssteigerung unterlassen. Aller Kritik zum Trotz verteidigte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt die Reform im Bundestag. Für sie stelle die Gesundheitsreform nur einen „Zwischenschritt“ zu einer Bürgerversicherung dar. Der vereinbarte Gesundheitsfonds beschleunige den Weg in eine allgemeine Volksversicherung, in die auch Beamte und Selbstständige einzahlen müssen. Laut Schmidt würden Änderungen am Gesetzentwurf höchstens hinsichtlich eindeutigerer Formulierungen erfolgen. Grund genug für Bundesärztekammer, Deutsche Krankenhausgesellschaft, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und Marburger Bund zu einem bundesweiten Aktionstag aufzurufen, um über die Folgen der Gesundheitsreform zu informieren. Die Aktion wird von der BZÄK und KZBV unterstützt. Die ZT berichtet darüber ausführlicher in ihrer nächsten Ausgabe.

ANZEIGE

dentona
esthetic-base[®] gold
Der kantensichere Stumpfschlüssel mit niedrigsten Expansionswerten für die Implantattechnik!
www.dentona.de Tel +49 (0)201 55 50 -0

ist die gefundene Kompromisslösung vor allem hinsichtlich der Finanzierungsseite enttäuschend und erreicht nicht (einmal) die Ziele,